

Selbsthilfe Workshop „Vermeidung von Zwangsmaßnahmen im psychiatrischen Hilfesystem“

Ein Tagungsbericht von Linda Mische und Katharina Fröhlich

Am 13. Juli 2018 veranstaltete die Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepсихiatrischer Verbände (BAG GPV) in Kooperation mit dem Bundesnetzwerk Selbsthilfe seelische Gesundheit (NetzG) einen Selbsthilfe Workshop in Düsseldorf, gefördert durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) des Landes Nordrhein-Westfalen. Eine inhaltliche Zusammenfassung von Linda Mische und Katharina Fröhlich.

„Vermeidung von Zwangsmaßnahmen im psychiatrischen Hilfesystem“ ein großes Thema mit viel Gesprächsbedarf. Ein Selbsthilfe Workshop sollte es sein, der die Sichtweise der Betroffenen in den Blick nimmt und es ermöglicht miteinander ins Gespräch zu kommen. Trotz sommerlichen Höchsttemperaturen und einem sehr sensiblen Thema folgten ca. 70 Teilnehmenden der Einladung. Eine ruhige entspannte Atmosphäre erlaubten Diskussionen im Plenum und vor allem in den Foren am Nachmittag. Doch es kann gleich vorweg genommen werden, dass die Zeit knapp bemessen war und Folgeveranstaltungen sinnvoll und notwendig sind.

Ulrich Krüger begrüßte die Teilnehmenden am Vormittag herzlich und Jörg Holke, Leiter des Referates Psychiatrie im MAGS, eröffnete die Sitzung und unterstrich durch seine ganztägige personelle Anwesenheit die Wichtigkeit des Themas. Er führte die Vermeidung von Zwang als ein oberstes Ziel des Landespsychiatrieplans an und verwies auch auf die damit einhergehende (veränderte) Grundhaltung als Grundvoraussetzung. Die kontinuierliche Umsetzung der UN-BRK und die grundsätzliche Beachtung der Menschenrechte und deren Integration in die Praxis seien essenziell. Dazu gehört u. a. die Förderung der Selbstbestimmung im Bereich der Behandlung und Rehabilitation. Ein Schritt in diese Richtung war die Novellierung des PsychKGs in NRW und die Förderung verschiedener Projekte zur Reduzierung und Überwindung von Zwang.

Franz-Josef Wagner stellte die **Erfahrenenperspektive zur Stärkung der Selbstbestimmung** vor und ermutigte Betroffene/Erfahrene zur politischen Mitwirkung, um die Vermeidung von Zwangsmaßnahmen voranzutreiben. Er appellierte an die verstärkte Zusammenarbeit in der Selbsthilfe und lud u. a. zur Mitgliedschaft bei NetzG ein, als Einzelperson oder als Verein, ein bundesweites Selbsthilfe Netzwerk im Rahmen seelischer Gesundheit, um gemeinsam die Interessen der Erfahrenen zu vertreten. NetzG arbeitet in verschiedenen Gremien, um auf Augenhöhe dialogisch im Gespräch zu sein. Dies geschieht u. a. in einem Fachbeirat und als Interviewende in nachfolgend benannten Projekten zur Vermeidung von Zwang, in der Mitwirkung im Beirat von den S3-Leitlinien von Schizophrenie der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN). Des Weiteren sind bereits diverse Stellungnahmen entstanden zu finden unter www.netzg.org.

Das Projekt „**Vermeidung von Zwangsmaßnahmen im psychiatrischen Hilfesystem (ZVP)**“ und besonders das Teilprojekt „**Entwicklung eines Monitoringsystems**“ stellte Matthias Rosemann vor. Das vom Bundesministerium für Gesundheit geförderte Gesamtprojekt der BAG GPV e.V. findet in Kooperation mit der Aktion Psychisch Kranke e.V., der Charité Berlin, dem Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf und der Universität Hamburg statt. Verschiedene zwangsvermeidende Maßnahmen wurden identifiziert und

getestet, wie beispielsweise der Einfluss von Peer-Begleitung, Behandlungsvereinbarungen, Nachbesprechungen sowie eine dialogische Befragung zu Alternativen. Im Teilprojekt zur Entwicklung eines Monitoringsystems kreieren Regionen durch Unterstützung der BAG GPV und der APK ihre eigenen regionalen Projekte zur Vermeidung von Zwangsmaßnahmen. Jede Region fokussiert unterschiedliche Aspekte. Bspw. erfolgt in einer Region Schnittstellenbeobachtungen von Polizei/Ordnungsbehörde und Gesundheitseinrichtungen, anderenorts soll durch geförderte, gemeinsame Kommunikation der Einrichtungen und Dienstleister im psychiatrischen Versorgungsverbund die Schwachpunkte der Zwangsvermeidung identifiziert werden. Aus dem Gesamtprojekt ZVP sollen zu Projektende Empfehlungen an Kommunen, Länder und Bund fließen, um Selbstbestimmung zu stärken.

Das Projekt „**Zwang und Zwangsvermeidung im psychiatrischen Hilfesystem in Nordrhein-Westfalen - Betroffenenbefragung**“ stellte Carsten Hoffmann vor. Es wird wie auch der Workshop gefördert vom MAGS. Er betonte die besondere Ausrichtung dieses Projekts, dass hier Betroffene von Betroffenen befragt werden. Dies führt zu einer vertrauensvollen Atmosphäre, die es den Interviewten ermöglicht das Thema anonym im geschützten Rahmen kritisch zu beleuchten, ohne Nachwirkungen aus dem Hilfesystem zu befürchten.

Das Hauptaugenmerk wird auf die Ideen der Alternativen gerichtet. Welche Maßnahmen hätten eine Zwangssituation vermeiden können, was hätte besser laufen können bzw. was genau hätte dem Betroffenen in der Situation geholfen, um eine Krisensituation zu entschärfen? Dafür ist es notwendig vorweg die Zwangssituation aus der Erfahrung zu beschreiben und die Umstände zu identifizieren. Das Ziel des Projektes ist es, Alternativen zu Zwangsmaßnahmen der Erfahrenen zu sammeln, auszuwerten und als Empfehlungen an das MAGS für die Integration in das psychiatrische Hilfesystem weiterzuleiten.

In einzelnen Foren am Nachmittag wurden die Themen

- Akteure der Zwangsveranlassung,
 - Alternativen zum Zwang und
 - Bereiche der Veränderungen zur Zwangsvermeidung
- gemeinsam erörtert und diskutiert.

In Forum 1 „Akteure in der Zwangsveranlassung – Wer führt unnötigen Zwang herbei? / Wer kann unnötigen Zwang vermeiden?“ haben Gudrun Tönnies und Christian Zechert die Moderation übernommen und Impulse zum Thema gegeben.

Die Diskussion zielte weniger darauf ab, den Finger auf bestimmte Berufsgruppen zu richten als den Bedarf zu identifizieren, dass eine gemeinsam gestaltete Kommunikation unter den Berufsgruppen gefördert werden sollte. Die verbesserte Kommunikation und die Dokumentation seien Basis für eine gute berufs- und institutionsübergreifende Zusammenarbeit. Ganzheitliche Ansätze zur personenzentrierten Behandlung werden benötigt und flexible Systemstrukturen befürwortet. Im Gegensatz dazu würde eine hohe Hierarchie eher angsteinflößend und zudem auf eine Krisensituation nicht unbedingt entzerrend wirken. Der menschliche Umgang miteinander sollte möglichst verbessert werden für gestärkte und angenehmere Beziehungsarbeit. Wichtig sei hier vor allem den Gegenüber ernst zu nehmen (auf beiden bzw. allen Seiten). Ob Betroffener, Angehöriger oder psychiatrisch-Tätiger, die Diskussion verdeutlichte, dass jeder einen eigenen Anteil daran hat wie die Situation gestaltet werden kann.

Das Forum 2: „Alternativen zum Zwang – Was dient der Zwangsvermeidung im Vorfeld? / Was wirkt?“ leiteten Carsten Hoffmann und Sonja Utzenrath mit Impulsbeiträgen ein.

Um in der Krise Zwang vorzubeugen, wurde über eine intensive Betreuung diskutiert. Dies könnte eine, auf Wunsch des Betroffenen, dazu gerufene Person sein (AngehörigeR/FreundIn etc.) oder ein neutraler Peer/Ex-In-ler/ErfahreneR etc. um die Person in der Akutsituation zu unterstützen.

Home Treatment/Stationsäquivalente Behandlung wurde als eine Alternative genannt, um die Vor- und Nachsorge besser in das alltägliche Leben einzubetten und um Krisen vorzubeugen. Ein weiterer großer Themenpunkt war der Appell personelle Strukturen zu schaffen, die ermöglichen mehr Zeit mit dem Betroffenen/Patienten zu verbringen. Um Zwang zu vermeiden, könnte so eine Vertrauensbasis aufgebaut werden und gemeinsam nach individuellen Lösungen gesucht werden.

Bessere Aufklärung und Ausbildungen der Zwangsakteure wurden als ein Kernpunkt identifiziert, u.a. um Missverständnisse vorzubeugen. Zudem wurde eine verbesserte Aufklärung des Betroffenen und des Umfeldes über das aktuelle Geschehen und zukünftige Optionen ermittelt, um mögliche Konfliktsituationen im Vorfeld entspannen zu können.

Im Forum 3: „Bereiche der Veränderungen zur Zwangsvermeidung – Wo werden Änderungen notwendig?“ übernahmen Thomas Künneke und Hartmut Kruber die Moderation und die Impulsbeiträge.

In dieser Diskussion wurde an ein verändertes Verständnis und eine neue Bewusstseinsbildung in den Einrichtungen plädiert. Peers und Profis sollten gleichermaßen über die menschenrechtlichen Bedingungen informiert sein, informieren und diese auch in ihrer Haltung umsetzen. Eine Einrichtung oder das Krankenhaus sollte idealerweise ein Lösungsraum sein und keine Krisen verschärfen. Dafür werde genügend Personal benötigt für wiederkehrende und entspannte Gesprächsangebote. Auch Gesprächsangebote von Peers/Ex-In-lern wirkten zwangsvermeidend, indem Betroffene sich über Erfahrungen austauschen könnten.

Zudem wurde benannt, dass Selbstbestimmung auch hieße Selbstverantwortung zu übernehmen und Betroffene ihren Teil dazu beitragen könnten. Gemeinsam könne erörtert werden, wie man in der Lage sei (mit oder ohne Unterstützung) selbst Verantwortung zu übernehmen. Dazu müsste das System mit seinen hierarchischen Strukturen, das momentan durch fremdbestimmte Fürsorge geprägt ist, etwas durchlässiger werden bzw. dazu die Option ermöglichen.

Die Diskussionen in den Foren machten durchweg deutlich, dass eine Veränderung in folgenden thematischen Bereichen notwendig sei, um Zwangsvermeidung zu erreichen. Es gilt:

- eine neue Haltung und Kommunikation aller beteiligten Akteure zu entwickeln (z. B. Thematisierung von Zwangsvermeidung in Fortbildungen, neue Haltung zu Krankheit und Gesundheit, generelle Einbeziehung von Peers in allen Phasen einer Krisensituation),
- eine Weiterentwicklung von bestehenden Strukturen vorzunehmen (z. B. Überprüfung von Strukturen, sowohl personalbedingt als auch atmosphärisch, Abbau von aktuell vielerorts noch bestehenden berufsbedingten Hierarchien) sowie

- ein koordiniertes dialogisches Zusammenspiel aller beteiligten Akteure einer Region generell zu etablieren (z. B. generelle Abstimmung und Koordination der Hilfen einer Region im Einzelfall).

Zwangsvermeidung kann gelingen, wenn sich alle beteiligten Akteure verantwortlich fühlen, gemeinsam dem Thema begegnen, Hilfsangebote so aufstellen und weiterentwickeln, dass die Anwendung von Zwang in Frage gestellt wird.

Dieses sehr ernste Thema zur extrem wichtigen Qualitätsfrage im Umgang mit Krisen miteinander, konnte an diesem Tag in angenehmer und ernster Atmosphäre diskutiert werden. Ziel war es mit dem Workshop nicht in einer kritisierenden Stimmung zu verharren, sondern Alternativmöglichkeiten, Entwicklungspotential zur Zwangsvermeidung gemeinsam zu entwickeln. Dies schien gelungen und bedarf nun der weiteren Verfolgung.

Ein Dankeschön gilt dem Ministerium (MAGS) ohne welches diese Veranstaltung nicht hätte stattfinden können. Ein herzliches Dankeschön gilt außerdem allen Teilnehmenden und ReferentInnen für einen offenen, intensiven und gewinnbringenden Diskussionsprozess, der in Düsseldorf ein gutes Stück weiter angestoßen werden konnte.